

# Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 488.

Donnerstag, 16. Juli.  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Amtliches.

Berlin, 14. Juli. Der König hat den Gutsbesitzer und Reg.-Rath a. D. Johann Leopold v. Voß auf Langhelwigsdorf zum Landrath des Kreises Vorpommern ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. Juli, Abends. Der deutsche Kaiser und der Kaiser von Oesterreich machten heute nach dem Diner einen Ausflug zu Wagen über Stey nach der Gosaumühle. Die beiden Kaiser fuhren in dem ersten Wagen allein, in dem zweiten fuhr die Kaiserin mit der Gräfin Schaffgotsche. Die Prinzessin Gisela wird heute Abend hier erwartet. — Der japanische Gesandte Sano ist hier eingetroffen. — Der deutsche Kaiser und Kaiser Franz Joseph und seine Gemahlin, die ihre Rundfahrt am See bis Obertraun ausgedehnt hatten, sind Abends 9 Uhr von Hallstadt hierher zurückgekehrt. Vor dem Hotel Elisabeth, wo Kaiser Wilhelm absteigen ist, spielt die Militärmusik, ringsum auf den Bergen brennen Freudenfeuer und die einheimische und hierher zusammengeströmte fremde Bevölkerung drängt sich um das Absteigquartier des Kaisers.

15. Juli. Der Kaiser Franz Joseph stattete heute Morgen dem deutschen Kaiser einen längeren Besuch ab. Der deutsche Kaiser empfing ihn am Morgen des Vormittags dem Fürsten Hohenlohe und Baron Mondel. Um 13 Uhr findet Hofgastel statt.

Wien, 15. Juli. Dem „Neuen Fremdenblatt“ geht aus Wien die telegraphische Nachricht zu, daß die Kaiserin Elisabeth nach dem gestrigen Diner dem deutschen Kaiser die Versicherung gegeben habe, auf ihrer Rückreise von der Insel Wight die Kaiserin Augusta in Baden-Baden oder Koblenz zu besuchen. Wie das Blatt weiter wissen will, soll der deutsche Kaiser dies sofort auf telegraphischem Wege der Kaiserin Augusta mittheilen lassen.

Carlswitz, 14. Juli. Der serbische Kirchenkongreß ist heute nach Beendigung der Verifikationsarbeiten konstituiert worden.

Verdiers, 14. Juli. Bei der heutigen Eröffnung zur Deputiertenkammer an Stelle des verstorbenen liberalen Abgeordneten David wurde der klerikale Kandidat Simonis mit 1464 Stimmen gewählt.

London, 15. Juli. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Earl of Derby, hat unterm 4. d. eine Depesche an die hiesige russische Botschaft gerichtet, in welcher die Auffassung der englischen Regierung über den Brüsseler internationalen Kongreß über das Kriegsvölkerrecht näher dargelegt wird. In der gedachten Depesche werden die Beweggründe, die den Kaiser von Rußland bestimmten, die Konferenz in Brüssel in Vorschlag zu bringen, in volstem Maße gewürdigt. Deswegen hat sich die englische Regierung indeß von der Nothwendigkeit einer Vorlage nicht überzeugen können, deren Verabreichung gegenwärtig nur zu leicht zu Klagen, Differenzen und Gegenbesuchen seitens verschiedener Delegirten Anlaß geben könnte. Die englische Regierung vermöge die Tragweite des Projektes in seinem ganzen Umfange nicht einzusehen und fühle sich deshalb veranlaßt, sich näher zu erklären. England habe bereits den Beweis dafür geliefert, daß es bemüht sei, die unnützen Leiden des Krieges zu verhindern und würde auch jetzt der Verabreichung von einzelnen militärischen Detailfragen nicht entgegen sein. Es sei aber fest entschlossen, an einer Verabreichung derjenigen Regeln des Völkerrechts nicht theilzunehmen, welche die Beziehungen der Kriegführenden zu einander genau begrenzen, eben so wenig könne es neue Verpflichtungen übernehmen betreffs der allgemeinen prinzipiellen Grundsätze des Völkerrechts. Und zwar um so weniger, als mindestens eine Regierung beabsichtige, einen Delegirten der Marine zu dem Kongresse abzuordnen und die Kompetenz der Konferenz auf Fragen des Seekriegsrechts auszudehnen. Eine derartige Erweiterung der Kompetenz der Konferenz könnte aber im höchsten Grade nachtheilig werden. Die englische Regierung glaube sich im vollen Einverständnis mit den eigenen Ansichten des Kaisers von Rußland zu befinden, wenn sie zum Voraus gegen ein derartiges Vorgehen Verwahrung einlege.

Der Prinz von Wales hatte gestern in Windsor ein glänzendes Gartenfest zu Ehren des deutschen Kronprinzenpaares gegeben.

Konstantinopel, 14. Juli. Dem „Evant Herald“ zufolge ist der Entwurf, betreffend die Errichtung einer Reichsbank, vom Ministerium genehmigt und wird das Dekret, welches der Banque impériale ottomane die im Entwurfe enthaltenen neuen Gerechtsamen und Privilegien erteilt, demnächst veröffentlicht werden.

Bukarest, 15. Juli. Die Kommunalwahlen sind hier ebenso wie im ganzen Lande entschieden im regierungsfreundlichen Sinne ausgefallen. — Fürst Carl verläßt heute Sinai.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 15. Juli.

— Ueber das Attentat auf den Reichskanzler werden nach und nach immer mehr Einzelheiten bekannt. Der „Voss. Ztg.“ wird von einem Augenzeugen berichtet:

Als Bismarck seine übliche Spazierfahrt machte, feuerte, wie der „Telegraph“ bereits berichtet, ein in der auf sein Erscheinen harrenden Volksmenge stehender Mensch sein Pistol auf ihn ab. Die Kugel streifte leicht die zum Grusse des am Wege stehenden Bauberkünstlers Bellacchini ausgestreckte Hand, sonst hätte sie glücklicher Weise wohl ganz gefehlt. Der Fürst stieg aus dem Wagen und wollte, nachdem er sich kurz von dem gehaltenen Schreck gesammelt, wieder einsteigen,

doch zog ihn der Dr. Dirax in sein Haus. Die Tochter Bismarck's stand, herbeigerufen durch den Knall und das darauf folgende Lärmen, einer Bildsäule gleich auf dem Balkon und wurde von einem Herrn in das Zimmer zurückgezogen. Der Hofopernsänger Lederer aus Darmstadt und der Kaufmann Schlesinger aus Berlin waren die Ersten, welche den Attentäter ergriffen, welcher darauf von fünf bis sechs Herren nach dem Polizeigefängniß transportirt wurde. Auf dem Wege dahin war er kaum vor der Wuth des erbitterten Publikums zu schützen. Lederer, den der Kerl in die Hand gebissen hatte und der in Folge dessen den Arm in der Binde tragen mußte, wurde zum Fürsten Bismarck entboten; nach einer Rundgebung des Bedauerns über dessen Verwundung fragte er den Sänger nach seiner Landmannschaft, worauf derselbe sich als Ungar präsentierte. Der Fürst äußerte, zu seiner Gemahlin gewandt, scherzhaft: „Ungarn und Deutsche halten ja immer zusammen!“ Der Reichskanzler verabschiedete sich demnächst von seinem „Gefle“, von Frau und Tochter, und fuhr mit dem Baderkommissar, der sich inzwischen eingefunden hatte, nach dem Gefängniß, wo ihm der Mörder auf seine Frage, wer er sei und was ihn zu seiner That bewogen habe, ganz ruhig erwiderte, er sei Mitglied eines katholischen Gesellenvereins und hätte die Absicht gehabt, ihn wegen der Kirche eingekerkert zu erschießen.

Die Person des Verbrechers ist nun genauer festgestellt. Der Mörder ist der Böttchergeselle Eduard Franz Ludwig Kullmann. Derselbe stammt aus Neustadt-Magdeburg und ist 21 Jahre alt.

Wie wir der „Magdeb. Ztg.“ entnehmen, ist derselbe der Sohn eines in den Restaurationen in Magdeburg sehr bekannten Handelsmannes, der dort Spicale verlaufend umhergeht. Seine Mutter befindet sich schon ungefähr ein Jahr in Halle wegen unheilbarer Geisteskrankheit. Sie wurde an dem Tage wahnsinnig, wo ihr zweiter Sohn eine Stelle antrat, die ihrer Meinung nach das Glück der Familie begründete. Beide Eltern sind aus dem Elbschloß und streng katholisch. Der älteste Sohn, Eduard, der das Attentat in Kissingen begangen, hat 4 Jahre bei einem magdeburger Meister das Böttcherhandwerk erlernt, ist dann ein Jahr in der Fremde gewesen, um bei seiner Rückkehr in Gesellschaft Gleichgesinnter seinen früheren Lehrmeister auf der Straße mit Messer und Gabel zu tödten, wofür ihn 1/2 Jahr Gefängniß traf, nach Abbüßung welcher Strafe er sich kurz vor Pfingsten d. J. wieder in die Fremde begab, und seinen Vater bis heute ohne Nachricht von sich gelassen hat. Eine schon am Dienstag Abend in der Wohnung des Vaters durch den Polizeipräsidenten und den Staatsanwalt von Magdeburg vorgenommene Hausdurchsuchung ist unter diesen Umständen erfolglos geblieben. Kullmann sen. hat erklärt, daß er gar nicht gewußt, daß sein Sohn in Kissingen sich aufhalte; er habe ihn in Hamburg gelaugt. Der „Voss. Ztg.“ ist in Bezug auf die Angabe, daß der Mörder Mitglied des katholischen Gesellenvereins von Salzwedel sei, von dem in Köln wohnenden Präses der katholischen Gesellenvereine, Schäfer, die Erklärung zugegangen, daß nach Ausweis der demselben zu Gebote stehenden natürlichen Listen in Salzwedel ein katholischer Gesellenverein nicht besteht.

Auch die heutige „Provinzial-Korresp.“ widmet dem Attentat einen Artikel, von dem der Schlussatz bemerkenswerth erscheint. Nachdem das offiziöse Organ der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Fürst in den Kundgebungen der innigen Theilnahme und Verehrung, die ihm auch auf diesen Anlaß von allen Seiten, von den Thronen ebenso wie aus den Hütten des Volkes zugehen, einen Ersatz für die schmerzliche Erfahrung, die ihm diese That von deutscher Hand bereiten mußte, und neue Ermuthigung zur kräftigen Fortführung seines mit voller patriotischer Hingebung erfüllten Werkes finden werde, schreibt dasselbe:

Für die Regierung aber wird der Mordversuch von Kissingen mit Rücksicht auf die Umstände, die ihn charakterisiren, ein dringender Anlaß sein, den Quellen, aus welchen Fanatismus ungebildeter katholischer Volkskreise immer neue Nahrung schöpft und schließlich bis zum Verbrechen des Mordmordes getrieben wird, näher zu treten, um die Mittel und Wege in Betracht zu ziehen, ihrer unheilvollen Wirksamkeit zum Wohl des Vaterlandes Einhalt zu thun.

Ueber das Befinden des Reichskanzlers Fürsten Bismarck erfahren „Staats-Anz.“ und „N. A. Z.“ aus Kissingen, daß derselbe in der ersten Nacht nach dem Attentat ziemlich ruhig geschlafen hat. „Die Wunde hat bisher glücklicherweise kein Fieber im Gefolge gehabt und es ist Hoffnung vorhanden, daß sie schon in einigen Tagen geheilt sein wird. Siernach wäre also die gegentheilige Meldung der „Nat. Ztg.“ zu berichtigen.

Etwas verspätet bringen die Zeitungen nachstehende, die Wohnung Bismarck's betreffende Geschichte:

Bevor Fürst Bismarck seine jetzige Wohnung in Kissingen miethen ließ, war dieselbe bereits durch einen der bedeutendsten Berliner Doublestoff-Fabrikanten, Herrn Wilhelm Müller, für die gegenwärtige Saison erworben und durch dessen Gattin auch schon okkupirt worden. Da das Quartier aber bezüglich seiner Räume und seiner Lage als das für den Reichskanzler einzig brauchbare erschien, so wandte man sich an Frau Müller mit der Anfrage, ob sie sich mit einer kleineren Wohnung im Wägeschoß desselben Hauses behelfen und die Beletage dem Fürsten Bismarck abtreten wolle. Selbstredend erfolgte eine bejahende Antwort; auch Herr Müller gab mittelst eines Telegramms aus Berlin seine Einwilligung, und als er wenige Tage später selbst in Kissingen anlangte, richtete er sich mit seiner Familie, so gut es gehen wollte, im Parterre des betreffenden Hauses ein. Fürst Bismarck, ein Mann von Takt und Lebensart in jeder Hinsicht machte gleich nach seinem Eintreffen in Begleitung seiner Gemahlin sowie der Comtesse, seiner Tochter und seines Sohnes, des Grafen Herbert von Bismarck, der unter ihm wohnenden Familie Müller einen Besuch und drückte seinen Dank für das ihm gebrauchte Opfer aus. Das Verhältniß, namentlich zwischen den Damen beider Familien, hat sich in Folge dessen zu einem überaus freundschaftlichen gestaltet.

— Bei dem Aufsehen und den Streitfragen, welche die Angaben des Kriegskorrespondenten der „N. Pr. Ztg.“ über den von den Carlsten erschossenen Hauptmann a. D. Albert Schmidt hervorgerufen, ist es vielleicht nicht ohne Interesse, auch Einiges über den Korrespondenten der „N. Pr. Ztg.“ selbst zu erfahren. Von zuverlässiger Seite wird der „Voss. Z.“ darüber mitgetheilt:

Der Kriegskorrespondent der „N. Pr. Ztg.“ im Carlstenlager ist der frühere Sec.-Lieutenant im 2. Hannoverschen Infanterie-Regiment Gerede. Nach der Schlacht bei Langensalza trat derselbe in die preussische Armee in das Niedersächsische Infanterie-Regiment Nr. 47 über, seine partikularistischen hannoverschen Neigungen nöthigten ihn nach dem französischen Kriege, an dem er nicht theilnahm, den Abschied auf. Sehr bemerkt wurde von seinen früheren Kameraden, daß er sich dann noch ein Jahr lang in seiner alten Garnison als Zeichner bei der Fortifikation aufhielt. Später wurde er Kriegskorrespondent der „N. Pr. Ztg.“ im Carlstischen Lager. In einem Brief an einen Freund schrieb er von dort aus, daß er sich, um sich Eingang in das Carlstischen Lager zu verschaffen, sich nicht als preussischer Offizier, sondern als partikularistisch-hannoverscher Offizier gerirte.

Für die Fest- oder Richtigkeit des Thatbestandes würde es jedenfalls von großem Werthe sein, wenn auch von anderer und vielleicht unbefangener Seite Nachrichten und Mittheilungen über das Ende des Hauptmanns Schmidt zu erlangen wären.

Königsberg, 14. Juli. Die „R. H. Z.“ meldet: Das zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Vorbeugung jeglicher Ruhestörung am Sonntag Morgen durchs roßgärtner Thor von hier ausgerückte Militär hat bis jetzt noch nicht die Ordre zur Rückkehr in die hiesige Garnison erhalten. Die Kürassiere kantoniren in Bledau, dicht vor dem Badeorte Cranz, die Infanterie in Nesselbeck, Trutenau, Orte, welche an der cranger Chaussee 1—2 Meilen weit von hier belegen sind. Uns wird wiederholt mitgetheilt, daß am Sonntage in Cranz nicht die mindesten Unruhen vorgefallen sind, und daß die Requisition von Militär lediglich eine Vorsichtsmaßregel gewesen. — In der quedenauer Revolte-Angelegenheit konnten von den ursprünglich verhafteten Inculpanten so viele vorläufig der Haft entlassen werden, daß jetzt nur noch einige dreißig sich im hiesigen Gerichtsgefängnisse befinden. Heute wurden wiederum fünf Personen in der Untersuchungssache auf erlassenen Haftbefehl eingeliefert; ihnen hatten sich noch zwei Kerle angeschlossen, welche durchaus auch zur Haft genommen werden wollten, weil sie freiwillig eingestanden, an den tumultuarischen Szenen in Quednau theilgenommen zu haben. Ihrem Verlangen wurde gewillfahrt.

Duisburg, 11. Juli. Ueber einen kaiserlichen Gnadenakt wird der „Eibf.“ Folgendes geschrieben: „Der Grenadier Friedrichs aus Düsseldorf war während des letzten Feldzuges als Reservist zur 8. Compagnie des 1. Garde-Regiments eingezogen. Er verging sich auf dem Marsche von Mannheim nach Frankfurt thätlich gegen einen Unteroffizier und wurde deshalb vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Festungshaft verurtheilt. Noch ehe das Urtheil vom Kaiser bestätigt wurde, hatte er die sämtlichen Gefechte, an welchem sein Regiment Antheil nahm, mit Auszeichnung mitgemacht. Vor Paris wurde ihm das Allerhöchste Ord. bestätigte Urtheil bekannt gegeben und erfolgte seine sofortige Abführung nach der Festung Spandau. Als Soldat brachte er eine tadellose Führung in die Haft mit; bei einer bescheidenen Verbslichkeit und seinem einnehmenden Wesen, mußte er sich durch musterhafte Führung und durch Fleiß in seinem Handwerk als Bauschreiner die Liebe und Achtung der mit seiner Ueberwachung betrauten Vorgesetzten bald zu erwerben. Die ersten Gnadengesuche der hier lebenden sehr achtbaren Familie konnten an Allerhöchster Stelle in Anbetracht der Schwere des Vergehens in Kriegszeiten keine Berücksichtigung finden. Se. Majestät hatte aber den Grenadier seines Regiments nicht vergessen. Auf wiederholte Berichte, die der Kaiser über F. einforderte und auf besondere Veranlassung seines ehemaligen Compagnie-Chefs, Hauptmann v. Tr., hat der kaiserliche Herr vor wenigen Tagen die Beendigung des Friedrichs vollzogen und dadurch unerwartet dem Inhaftirten die Freiheit und ebenso unversehrt der Familie den Sohn und Bruder wiedergegeben. Bei diesen war das unvermuthete Eintreffen des Befreiten eine namenlose Freude; für die Bewohner Düsseldorfs aber gestaltete sich der Tag der Ankunft desselben zu einem wahren Festtag.“

Wien, 14. Juli. Der Kaiser hat den Fürsten Bismarck telegraphisch zu seiner Rettung beglückwünscht. — Auch unsere Kaiserstadt ist augenblicklich durch Gerüchte von einem gegen den Kaiser geplanten Attentate in Aufregung versetzt. Ein Abendblatt brachte nämlich gestern ausführliche Mittheilung von der Verhaftung eines Mannes, welcher gefänglich sei, mit einem zweiten dormalen unbekannt wo weilenden Individuum im Schönbrunner Park verabredet zu haben, „ein Attentat auf den Kaiser auszuführen oder — überhaupt an einem Wohlhabenden einen Raubmord zu vollführen“. Dieser mysteriöse Vorfall halte die ganze Polizei in Athem. Wie man der „N. Pr. Ztg.“ nun von authentischer Seite mittheilt, reduziert sich die „Attentats-Geschichte“ auf das Folgende:

Dieser Tage wurde der erwerbslose und wegen Betruges bereits abgeurtheilte Schutergeselle Dominik Howerka als unterstandlos aufgegriffen und zur Polizei gebracht. Dasselbe erzählte er allerdings, er habe einen Mann getroffen, der ein Attentat auf den Kaiser plane. Diese Angabe stellte sich jedoch soaleich als falsch heraus, und, streng ins Verhör genommen, gestand Howerka auch ein, daß er gelogen. Er habe die Kost und das Quartier in der Strafanstalt Stein so vortrefflich gefunden, daß er sich nun in seiner Verzeihung dahin sehne. Um dieses Ziel zu erreichen, habe er die Attentatsläge vorgebracht. Bemerkte muß werden, daß die Fälle nicht selten sind, wo verkommene Individuen Religionsstörungen oder Majestäts-Beleidigungen einzig und allein in der Absicht begehen, um für einige Zeit, besonders den Winter über, auf Staatskosten verpflegt zu werden. Dabei legen sich diese Kriminal-Kandidaten eine gewisse Reserve auf, das heißt, sie schimpfen nicht mehr und nicht verber, als sie nach ihrer Strafbau-Routine für genügend halten, um das ihnen minichenswerthe Straußmaß zu erhalten.

Die eigenthümliche Stellung, welche die niedere Geistlichkeit in Oesterreich ihrem Oberhirten gegenüber einnimmt, hat eine weitere Illustration durch einen Vorgang gefunden, welcher den wiesener Blättern Anlaß zu eingehenden Besprechungen giebt. Der Pfarrer Leitgeb aus Stößing in der Diözese St. Pölten hat vor einigen Tagen in einer Verammlung des deutsch-liberalen Bemüger Vereins mitgetheilt, der Bischof von St. Pölten habe ein Circular an die ihm unterstehende Geistlichkeit mit der Aufforderung erlassen, das schriftliche Versprechen zu geben, dem Bischofe unverbrüchliche Treue und Gehor-



jam unter allen Umständen zu leisten. Dem Bischofe scheinen demnach die kanonischen Bestimmungen nicht mehr vollständig zu genügen, und er zieht es vor, von seinen Untergebenen sichere Unterpfänder ihrer Treue in Händen zu haben, welche allerdings den Geistlichen einfach zum willenlosen Werkzeug seines Oberen zu machen geeignet sind. Befindet sich der Bischof erst in dem Besitz derartiger Treuegelbstnisse, so wird der niedere Klerus den rechtlosesten und bedrücktesten Stand bilden. Läßt ein Geistlicher sich bekommen, nur im Geringsten zu opponieren, so wird er seiner Stelle entsetzt und dem Verhängnis preisgegeben werden. Die neuen konfessionellen Gesetze gewähren ihm allerdings einigen Schutz, aber wer garantiert dafür, daß dieselben in der Praxis streng durchgeführt werden. Das Episkopat rüstet sich zum Kampfe, das zeigt jene Enthüllung des Pfarrers Leitgeb, der den Muth gehabt hat, offen das Treiben der Bischöfe klar zu legen, auf die Gefahr hin, seines Amtes verlustig zu gehen. Was der Pfarrer von Stöckling offen und vor aller Welt erklärte, das ist sicher einem großen Theile des niederen Klerus aus der Seele gesprochen, aber man wird gut thun, keine allzukühnen Erwartungen auf dieses energische Hervortreten eines Einzelnen zu setzen. Die niedere Geistlichkeit ist allzusehr eingeschüchtert, sie ist zu sehr rath- und muthlos, sie hat zu wenig Vertrauen in die schützende Kraft der Regierung, als daß sie es wagen sollte, einem Beispiele zu folgen, das eine Kraft der Entsagung und eine Unerschütterlichkeit der Ueberzeugung voraussetzt, wie sie den Durchschnittsmenschen nur in den Zeiten größter und allgemeinsten moralischer Erhebung zu Theil werden.

**Paris, 13. Juli.** Das „Univers“ bringt eine Mittheilung aus Versailles, die von kirchlich-legitimistischer Seite ausgeht und worin die Ansicht, als habe die äußerste Rechte etwas gegen Mac Mahon, widerlegt wird. Die äußerste Rechte sei bereit, ihm alle nöthigen Waffen zu geben, deren er zur Vertheidigung der sozialen Ordnung bedürfe; auch bestreite sie ihm durchaus nicht die gesetzmäßige Dauer des Septenniums. Die äußerste Rechte bleibe aber in der Zurückhaltung; bei der Prüfung über die konstitutionellen Gesetze und Regierungsanträge werde sie, ohne die legitimen Freiheiten, ihre Prinzipien und ihre Rechte zu opfern, nicht vergessen, daß sie der Sache der Ordnung ergeben sei, und daß man auf den Marschall Mac Mahon zählen dürfe, um die Gesellschaft zu vertheidigen. Aus dieser Erklärung erhellt, daß der Marschall auf die Ultramontanen und Legitimisten bei allen reaktionären Maßregeln rechnen darf.

Die Verordnung, welche den „Figaro“ auf 14 Tage suspendirt, lautet:

Der Divisions-General, Gouverneur von Paris, Ober-Kommandant des ersten Militärbezirks; nach dem Gutachten der Minister; in Erwägung, daß das Journal „Figaro“ in seiner Nummer vom 12. Juli 1874 (der „Figaro“ datirt voraus) einen Artikel enthält, in welchem sich zugleich eine Verleumdung für die National-Verfassung und ein Angriff auf deren Rechte befindet; Kraft der Gewalt, die ihm der Belagerungszustand verleiht, verordnet: Art. 1. Die Veröffentlichung des Journals „Figaro“ ist auf 14 Tage vom 12. bis 26. Juli verboten. Art. 2. Der Polizei-Präsident ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Paris, den 11. Juli 1874.

Der General, Gouverneur von Paris,

Ober-Kommandant des 1. Militärbezirks: de Padmirant.

Auch in Frankreich hat das gegen den Fürsten Bischof verübte Attentat begreiflicherweise großes Aufsehen erregt. Es gereicht aber dem französischen Nationalcharakter nicht gerade zur Ehre, daß — wie telegraphisch gemeldet wird — an den öffentlichen Orten der französischen Hauptstadt, insbesondere an der Börse vielfach Aeußerungen des Bedauerns laut geworden sind, daß der Mordanschlag mißlungen sei. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß die pariser Abendblätter, welche das Attentat besprechen, nicht nur nicht ihrem Abscheu vor der verbrecherischen That Ausdruck geben, sondern sich sogar in der hinüberbrannten Insinuation gefallen, das Attentat komme der Politik des deutschen Reichskanzlers viel zu sehr gelegen, um nicht verdächtig zu erscheinen. Die „Urtheilsschärfe“ der französischen Presse kann gar nicht besser charakterisirt werden, als durch die mitgetheilte Stilprobe.

„Journal des Débats“ bringt einen Artikel über das neue deutsche Münzgesetz, der mit der lächerlichen Behauptung eingeleitet ist, ein Franzose, welcher von Paris nach Berlin reist, müsse seine Thaler unterwegs so oft wieder umwechseln, daß er nur 35 Centimes pro Thaler wieder nach Hause bringt, also an jedem Thaler 3 Frs. 40 Centimes verliert. Dann wird darüber Klage geführt, daß Deutschland die französische Münze (nebst Zwangscours?) nicht adoptirt und die Behauptung aufgestellt, daß das 20-Markstück, welches 25 Francs werth sein soll (? woher hat das Blatt diese erfahren? — ein 20-Markstück gilt eben 20 Mark) doch nur zu 24 Fr. 40. anzubringen sei. — Die Moral der Geschichte ist: Die Franzosen haben ein, weil auf Doppelwährung beruhendes, schlechtes Münzsystem; der gesunde Menschenverstand erfordert es daher, daß die Deutschen dieses System adoptiren. Sonst sind die von Paris nach Berlin reisenden Friseur und chefs de cuisine zu viel Unannehmlichkeiten ausgesetzt! Wie ein Blatt, welches sich einer besonderen Einsicht in ökonomischen Dingen rühmt, seinen Lesern dergleichen aufstischen kann, ist unbegreiflich.

**Rom, 12. Juli.** Wenn man dem „Echo“ Glauben schenken darf, daß aus den Unterredungen, welche Herr Minghetti während seines kurzen Aufenthalts in Florenz mit befreundeten Staatsmännern gehabt hat, etwas ins Publikum gedrungen ist, so ist es noch ungewiß, wann die Kammer aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen. Ja, der Ministerpräsident soll große Lust haben, die vertagte Kammer im Oktober noch einmal einzuberufen und ihr einige Gesetzesentwürfe von dringendem Charakter vorzulegen. Man nennt darunter den die römischen Eisenbahnen betreffenden und einen andern, welcher Hafenarbeiten in Südtalien anordnet. Außerdem gedenkt er auch einen auf Verwaltungsreformen bezüglichen vorzulegen und bei den Verhandlungen darüber das politische Programm des Kabinetts auseinanderzusetzen. Gegen Weihnachten oder Neujahr soll dann die Kammer aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden. Das sind ungefähr die Ansichten, die Herr Minghetti seinen Freunden mitgetheilt hat, wiewohl noch nichts fest beschlossen ist.

**Aus Oberitalien, 12. Juli.** Unter den gerichtlichen Citationen und Notifikationen der „Gazzetta ufficiale del Regno d'Italia“ vom 9. I. M. findet sich unter Anderem auch folgende Bekanntmachung, die hier soweit dies der barbarische italienische Antisyl zuläßt, in wortgetreuer Uebersetzung wiedergegeben ist:

Aufforderung.

Die hochlöbliche Gemeinde, und für sie Se. Excellenz der Herr Graf Ludovico Pianciani, Bürgermeister, hat am 26. Juni 1874 zu Gunsten Seiner Majestät des Kaisers von Preußen ein gesetzmäßiger Erwerber für sich und seinen königl. Hof (Sua Real Corte)

des gesammten Palastes Caffarelli auf dem Campidoglio und Zubehör, im Verlaufe zu Rom (Nel Sacro Monte di Pietà) die Summe von 215 Lire disponirt, als Wiedererstattung der monatlich im Voraus zu bezahlenden Summe an die edle Frau Vincenzia Pozzoni, verwitwete Caffarelli für den Zeitraum vom 27. Juni bis 24. Juli 1874, gemäß der Kaufvertrags-Bestimmungen, enthalten in der von Sartori am 27. Februar 1854 regierten öffentlichen Urkunde, wonach die hochlöbliche Gemeinde und der Senat von Rom sich bezeugt glauben, und das durch die Bulle Seiner Majestät Gregors XIII., welche beginnt „quae publico utilia“ zugestandene Recht auszuüben, dies Alles gemäß der von der besagten Gemeinde in der Kammer des Tribunals in Zivilsachen zu Rom am 7. Oktober 1854 abgegebenen Erklärung, daß benannte Summe nicht erhoben werden soll, bis nicht alle auf den verkauften Grundstücken lastenden Hypotheken und sonstigen Lasten gelöscht, und die Bestimmungen des zu Gunsten der hochlöblichen Gemeinde bestehenden Rückkaufvertrages erfüllt seien.

In Folge der amtlichen Mittheilung, daß der Palast Caffarelli aufgehört habe, Seiner Majestät dem Kaiser von Preußen anzugehören, und daß derselbe vom deutschen Reich erworben wurde, so wird auf Grundlage des Artikels 242 der in Kraft bestehenden Zivilprozeßordnung des Königreiches Italien zur Anklage, Einrückung in der Amtszeitung und Einhandlung einer Kopie an die Staatsanwaltschaft beim Tribunal in Zivil- und Strafsachen zu Rom geschritten, damit mittels des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten diese Kopie an S. M. den Kaiser des deutschen Reiches übermacht werde, mit der Intimation, daß der Originalbesitzschein man und wenn immer, der mit gesetzmäßigem und vollkommenem Mandat versehen ist, ausgeschrieben wird, indem sich die hochlöbliche Gemeinde vorbehält, wenn nöthig, wenn und wie es Rechts ist, der Betrag des Depositums zu offertieren, wann Se. Hoheit der Kaiser des deutschen Reiches sich den Bestimmungen des § 19 des italienischen Zivilgesetzbuches fügen will.

Gezeichnet: Michael Garbarino, Amtsbienner.

**London, 12. Juli.** Mit großer Spannung sieht man der morgigen Erklärung der Regierung in Sachen der Kirchenordnungsbill entgegen. Diese Bill, von gemischtem Ursprung, erhielt ihren ersten Aufstoß durch das Vorgehen der Erzbischöfe von Canterbury und York. Sie zielt wesentlich darauf ab, dem stets ärger einwirkenden „Ritualismus“, d. h. dem Römingswesen in den kirchengebräuchen, entgegenzuarbeiten. Innerhalb der, ohnedies in katholischen Formen hängen gebliebenen Hochkirche hat sich unter einem Theile der Geistlichkeit eine Partei ausgebildet, die durch bunte Priestergewänder und eine Menge anderer, auf die Sinne berechneten Ausschmückungen eine Nüchternheit zur Papierei anzubahnen sucht. Eine Anzahl solcher Geistlichen geht denn auch regelmäßig, wenn sie eine Zeit lang ihren wehrhüchenden Unfug in der Hochkirche getrieben haben, förmlich zu römischen Kirche über. In jüngster Zeit sind von dieser Partei Versuche gemacht worden, die Ohrenbeichte wieder einzuführen. An mehreren Orten ist es darüber zu heftigen Auftritten gekommen.

Die Kirchenordnungsbill soll nun im protestantischen Interesse eine gleichmäßigere Handhabung der gottesdienstlichen Gebräuche herbeiführen. Das Einschreiten gegen abfällige Geistliche wird dadurch erleichtert, vereinfacht, weniger feijfijig gemacht. Von Bedeutung war bei der, am Donnerstag bis früh Morgens um drei Uhr dauernden Verhandlung das Auftreten Gladstone's, der sich in umfangreicher Rede gegen die Gesetzes-Vorlage erklärte. Ich habe seit Jahren, im Gegensatz zu vielen Freunden in England, die Ansicht ausgesprochen, daß Gladstone, was auch seine liberalen Gesinnungen in politischer Beziehung sein mögen, auf religiösem Gebiete eine katholisch-fundende Richtung verfolge. In seiner jüngsten Rede ist dies nun sonnenklar zu Tage gekommen. Obwohl er sich den Anschein gab, als spreche er auch im Interesse der sogenannten „Niederer“ und „Breiten“ Kirche, d. h. der Mystiker einer- und der Rationalisten andererseits, war doch der ganze Ton seiner Ansprache derart, daß ihm das Römingswesen gewissermaßen zu allen Poren herauskriechte. Er handelte thatsächlich als der Vorkämpfer der ritualistischen Partei.

Selbst ein Blatt, wie der radikale „Examiner“, der sich von theologischen Streitigkeiten gern frei hält und grundsätzlich für Abschaffung alles Staatskirchentums ist, erklärt sich jetzt für die Kirchenordnungsbill und bricht Gladstone den Stab. „Wir stehen nicht an, zu erklären“, sagt dies Blatt, „daß Hr. Gladstone's Rede seine fernere Führerschaft bei der liberalen Partei zu einer Unmöglichkeit gemacht hat. Die Partei kann ihm nicht mehr trauen. Zwischen seinem Glaubensbekenntnisse und dem des wahren Freisinn hat er jetzt einen Abgrund vor unseren Augen enthüllt, den nichts mehr überbrücken kann. . . . Seine Rede war eine janatische Vertheidigung jener Partei, die mit aller Macht die verwerflichsten Zeremonien, Ansprüche und Lügenhaftigkeiten des römischen Priestertums innerhalb der Staatskirche wieder zu erwecken sucht. Die Rede war zu Gunsten derer gehalten, welche den Beichtstuhl aufrichten wollen, und das Gemüth der Jugend mit pestilenzialischem Aberglauben, und zwar auf Kosten des Staates, zu erfüllen suchen.“ Der Artikel, welcher Gladstone den Abschied giebt, schließt mit den Worten Othello's: „Cassio, ich liebe Dich; allein mein Lieutenant bist Du länger nicht!“

Diese Aeußerungen des „Examiner“ deuten an, daß sich im Lager der sogenannten philosophischen Radikalen eine Wendung zu vollziehen beginnt. Im Angesichte des Kirchenkampfes in Deutschland und der immer frecher werdenden römischen Propaganda hier erklärt sich nun auch diese Partei für die Nothwendigkeit, praktische Gegenmaßregeln zu ergreifen und nicht länger mehr einer Politik des Sehenslassen zu huldigen, von welcher nur die Feinde aller Freiheit und alles Fortschrittes Nutzen ziehen.

**London, 13. Juli.** Der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin wohnten am Sonnabend Nachmittag einem Gartenfest bei, welches der Marquis von Salisbury den hohen Herrschaften zu Ehren in seinem reizend gelegenen Park zu Harfield in Hartfordshire veranstaltet hatte. An dem Feste nahmen außerdem Theil der Herzog von Connaught, der Herzog und die Herzogin von Teck, die Votschafter Oesterreichs und der Türkei, mehrere Gefandten, der Premierminister Disraeli und eine große Anzahl von Herren und Damen der höchsten Aristokratie und der offiziellen Welt. — Seit Sonnabend wohnt auch der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz als Gast der königlichen Familie im St. James-Palast. Vorgestern besuchte er den Prinzen und die Prinzessin von Wales und den deutschen Kronprinzen und die Kronprinzessin im Marlborough-House. Gestern machte er der Königin seinen Besuch in Windsor.

Der erste in dieser Jahreszeit übliche „Mord der unschuldigen Kindlein“ soll heute Abend durch den Premierminister Disraeli zur Ausführung gelangen. Es bleiben zur Zeit im Unterhause nicht weniger als achtundzwanzig Regierungsvorlagen unerledigt, eine Zahl, die sich in dem letzten Rest der Session unmöglich zu Ende führen läßt, zumal Regierung wie Mitglieder einen möglichst frühen Schluß wünschen. Gladstone's plötzliches Wiedererschienen auf dem Kampfplatz mit einem Röcher voller Pfeiler hat die Regierung in ihrer Freiheit der

Disposition über die bleibende Zeit einigermaßen beschränkt und einen kleinen Strich durch die Rechnung gemacht. Ursprünglich wünschte man die Vertagung noch im Laufe des Juli vorzunehmen. (Wie gemeldet, soll die Vertagung am 5. August erfolgen.) Heute sollen vier oder fünf Vorlagen von dem Aufgabestapel des Unterhauses gestrichen werden, darunter vermuthlich — doch nicht ohne Bedauern — die drei Gesetze zur Erleichterung des Verkaufes von Grundstücken, welche bereits im Oberhause angenommen worden sind.

**Kopenhagen, 12. Juli.** Obgleich bis jetzt eine offizielle Bestätigung fehlt, kann doch kaum noch ein Zweifel obwalten, daß der König dem Minister des Innern, Kammerherrn, Gutsbesitzer Fønnesbeck, die Bildung eines neuen Kabinetts übertragen und dieser sich bereit erklärt hat, den Versuch machen zu wollen. Ob es ihm gelingen wird? Darüber ist sicher noch nichts zu sagen, was einige Wahrscheinlichkeit für sich hätte. Man weiß durchaus nicht, an welche Männer sich Fr. v. Fønnesbeck gewendet hat oder wenden wird, aber anzunehmen ist, daß sein Kabinet, wenn es zu Stande kommt, eben das rein geschäftsmäßige parteilose sein wird, welches erfahrene Politiker als das den Umständen angemessenste schon lange herbeigewünscht und vorhergesehen haben. Fønnesbeck hat niemals für einen Parteimann gegolten, seine mild und verständlich gestimmte Persönlichkeit hat vorzugsweise immer die Sachen und den gemäßigten Fortschritt vor Augen gehabt und ein entschlossenes Bestreben erkennen lassen, nach allen Seiten Gerechtigkeit zu üben und dabei Politikern einige Uebertreibung in Worten ihres Standpunktes zu Gute zu halten, wenn sie nur in der That der Billigkeit und gemäßigten Grundfassen Rechnung tragen wollten. Er galt daher bei Manchen mitunter als ein in verschiedenen Fragen der Linken nicht unsympathisches Element im Ministerium, entfernte sich jedoch sichtlich von dieser Partei, ja trat ihr mit ruhiger Bestimmtheit entgegen, als sie ihre craß parlamentarischen Doctrinen, mit Budgetverweigerung und Ministerstürmerei, durchzuführen bemüht war. Ein schöner Zug von ihm war es, als er, wie seiner Zeit berichtet, bei der letzten Folketingswahl vor dem Linkenkandidaten Tauber in Stagesse mit wenigen Stimmen Minderheit gefallen, sich so frei von jedem persönlichen Unmuth oder Bitterkeit zeigte, daß er bei einem Zweckessen, das auf die Wahl folgte, dem Bestreben eines überreiferen Anhängers, der ein Hoch für Tauber bereiten wollte, entgegentrat und seinen Besieger in Schutz nahm. Gerade einer so wenig entsprechenden Persönlichkeit als die des Abg. Tauber gegenüber, war das ein glänzender Beweis einer völligen Freiheit von Parteilichkeit oder persönlicher Rancune. Man kann auch mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß die Linke deren Mitglieder mit wenigen Ausnahmen keineswegs kampfbefreudigt sind, sich wenigstens fürs Erste einem Ministerium Fønnesbeck gegenüber ruhig, verständlich und moderat verhalten wird. Thäte sie es nicht, so würde leicht eine für sie nachtheiligere Situation entstehen können, wo Männer aus Ruher kämen, die jener Partei viel weniger sympathisch gegenüberstehen, als der der Linken zwar nicht angehörige oder sympathische, aber doch auch an sich nicht feindselige milde Fønnesbeck. Vielleicht zerbröckelt auch die Linke um so eher, je weniger sie einen scharf ausgeprägten Gegensatz sich gegenüber sieht.

Die hiesige Privatbank hat in Verbindung mit der Norddeutschen Bank in Hamburg und Gebrüder Beethmann in Frankfurt eine Anleihe mit der schwedischen Reichshypothekenbank von 36 Mill. Reichsmark, 4%, pEt. Prioritätsobligationen geschlossen.

Klampenborg, schreibt „Dagens Nyheder“, wird immer mehr von notablen Ausländern besucht, so kann man nach einigen Tagen erwarten, Bismarck's rechte Hand hier zu sehen, nämlich den belagerten preussischen Geheimen Legationsrath v. Thile, für den und dessen Familie kürzlich eine Reihe Zimmer auf der Badeanstalt bestellt sind. Seine Familie wird begleitet von den Kindern des berühmten verstorbenen Augenarztes Dr. Gräfe, dessen Gemahlin bekanntlich eine dänische Comtesse Knuth war. Die Kinder werden im Hause des Herrn v. Thile, ihrem nächsten Verwandten österlicherseits, erzogen.

**Konstantinopel.** Eine der „Bester Korrespondenz“ ausgegangene Depesche aus Konstantinopel meldet, daß der zwischen der Pforte und Persien jüngst entstandene Konflikt noch immer keine befriedigende Lösung gefunden hat und in letzter Zeit sogar einen bedrohlichen Charakter annimmt. Die Pforte bestand bekanntlich auf der Rückgabe eines türkischen Nomadenstammes, den die persische Regierung gewaltsam zurückhält, und droht jetzt mit Anwendung von Gewaltmaßregeln, wenn ihrem gerechten Verlangen nicht bald Folge geleistet wird.

**Bukarest.** Keiner der Staaten, welche neuerdings ihre Wehrzustände nach dem preussischen Vorbilde umzubilden befreht gewesen sind, ist hierin wohl mit einer zäheren Konsequenz verfahren, als Rumänien. Der Erfolg hat denn auch diesem unbedingten Festhalten an den einmal sich vorgesezten Zielen entsprochen, und nach dem allgemeinen kompetenten Urtheil besitzt dieser Staat gegenwärtig eine Wehrmacht, welche den türkischen Wehrzuständen mehr als gewachsen ist. Für Deutschland besitzt diese Umwandlung noch das besondere Interesse, daß dieselbe von einem Hohenzoller ausgeführt worden ist. Die neue rumänische Wehrverfassung beruht auf dem Wehrgesetz vom 11. Juni 1868 und basiert auf der allgemeinen Wehrpflicht mit dreijähriger aktiver Dienstzeit und vierjähriger Reserveverpflichtung, wonach die ausgebildeten Mannschaften noch 10 Jahre, also bis zum vollendeten 36. Lebensjahre der Militz, d. i. unserer Landwehr angehören. Eben dieser findet sich auch auf 16 Jahre der gesammte, nicht in die Armee eingestellte wehrfähige Theil der männlichen Bevölkerung überwiesen. Noch bilden außerdem in den Städten die wehrfähigen Männer vom 36. bis 50. Jahre eine Nationalgarde und auf dem Lande die gleichen Altersklassen einen Landsturm. Die stehende Armee besteht aus 8 Infanterieregimentern à 3 Bataillone, 4 Jägerbataillonen, 3 regulären und 3 Dorobanzen-Kavallerieregimentern (letztere eine Art Nationalkavallerie, ähnlich den russischen Kosaken), 1 Fuß- und 1 reitendem Artillerieregiment mit je 8 Feldbatterien 2 Geniebataillonen, 2 Compagnien Artillerie-Train, 4 Compagnien Train, 1 Sanitäts-Compagnie und 1 besonders organisirten Grenz-Corps von 16 Bataillonen. Die Landwehr befindet sich zur Zeit in 30 Bataillonen und 18 Dorobanzen-Eskadrons formirt. Für den Krieg- und Mobilmachungsfall treten hierzu noch 4 Reserve- u. 4 Ersatz-Batterien, 8 Linien-Ersatz-Bataillone, 1 Jäger-Ersatz-Bataillon, 6 Ersatz-Eskadrons, 8 Bataillone National-Garde und 8 Compagnien Genie und Pompiers. Die Gesamtstärke dieser Streitkräfte berechnet sich, ohne den Landsturm und den nicht zur aktiven Verwendung bestimmten Theil der Nationalgarde, zu 135,880 M. mit 25,100 Pferden und 144 Feldgeschützen, wovon 45,130 M. mit 15,600 Pferden und 120 Geschützen zur unmittelbaren Verwendung disponibel sind, welche binnen wenigen Wochen auf 60,000 bis 70,000 Mann erhöht werden können. Die Be-



Waffnung dieses ganzen aktiven Theils der rumänischen Heereskraft ist mit preussischen Büchsen, und für die Jägerwaffe mit Beabody-Gewehren versehen, der nicht aktive Theil der Miliz und die Nationalgarden führen hingegen Minié-Gewehre. Die Geschützarsenalien bestehen durchgehend aus Krupp'schen Gußstahl-Hinterladungsge- schützen. Die sonstige Ausrüstung wie die Uniformirung der Armee ist ebenfalls zweckentsprechend als dauerhaft gearbeitet, und soll sich bis auf die geringsten Details für die gesamte Heeresstärke in den Depots hinterlegen finden. Die Totalorganisation ist so vollständig, daß selbst die Feldgenossendarmerie und Stabswache schon mit in dem Friedensstand vorgehen und eingeschlossen sind. Dem Ganzen entspricht endlich die durchaus auf preussischem Fuß erfolgte Einübung der Truppen und es bedarf danach kaum noch der Erwähnung, wie wenig die notorisch in Allem so sehr vernachlässigten türkischen Streitkräfte bei etwaigen künftigen Zusammenstoß mit dieser so in allen Beziehungen fertig vorgebildeten rumänischen Streitmacht noch eine begründete Aussicht besitzen würden, über dieselbe abzusteigen. (Voss. Z.)

**Japan.** Aus Yokohama wird der „Ausg. Allgem. Ztg.“ geschrieben:

Die nach der Insel Formosa bestimmte Expedition hatte Befehl erhalten, nicht in See zu stechen; allein die an Bord befindlichen Truppen bestanden auf der ihnen gemachten Zusage, und so sah sich die Regierung gezwungen, die Flotte abzugeben, welche erst nach Amoy und von dort nach Formosa ging, wo die Truppen ohne Widerstand landeten. (Inzwischen ist mit China ein Arrangement wegen der Insel Formosa erfolgt.) Aber auch mit Corea wird es Krieg geben. Eine japanische Flotte schickte an der Küste jener Halbinsel, und die aus 18 Mann bestehende Besatzung ward im Auftrage des Königs entthronet, „weil sie Japanesen waren“. Dies beweist, daß es mit den friedfertigen Absichten der neuen Dynastie nicht weit her ist. Jetzt erwartet man dort natürlich eine Kriegserklärung von Seiten Japans; die Truppen werden durch chinesische Offiziere eingeübt, welche von Franzosen in der Kriegskunst unterrichtet waren; es werden an verschiedenen Punkten der Küste neue Forts gebaut, für welche die besten Kanonen aus Europa bezogen wurden. — Die Grundregeln für das neue Parlament sind endlich festgestellt worden; es wird aus 63 Mitgliedern bestehen, zu denen alle Chefs der verschiedenen Departements gehören; ihre Versammlungen sollen einmal im Jahre stattfinden, um über Regierungsvorlagen zu verhandeln; doch soll kein Beschluß des Parlaments Gesetzeskraft haben ohne die Bestätigung des Mikado. — Die Pocken grassiren wieder ziemlich stark in Tokio, da die Japanesen in der letzten Zeit sehr nachlässig im Impfen ihrer Kinder waren; es sind deshalb neuerdings strengere Verordnungen gegeben worden. Das neue öffentliche Hospital in Atsugomachi Nichome ist unter die Leitung des amerikanischen Arztes Dr. Alhurst gestellt mit mehreren japanischen Unterärzten. — Fünfzehn der angesehensten Japanesen haben in Jedo eine literarische Gesellschaft und Bibliothek gegründet. — Große Feuersbrünste haben wieder schrecklich im Lande aufgeräumt: in der Stadt Hamamatsu brannten nicht weniger als 1358 Häuser und 108 feuerfeste Gebäude ab, wobei drei Personen ums Leben kamen; in Kasugamachi, Provinz Setchigo, verbrannten acht Tempel des Feuer-Sendzschii, und als sich der Wind drehte, zerstörte der Wind noch 500 Häuser in Fuzumachi, von denen ein Drittheil den Schiyou (Notabilitäten) gehörten. Auch in Kioto war eine starke Feuersbrunst, durch welche 1600 Häuser eingestürzt worden sein sollen. Die Regierung sucht allermählig die Bedürftigen zu unterstützen.

## Sokales und Provinzielles.

Posen, 16. Juli.

Das Amtsblatt veröffentlicht das Reglement für die Provinzial-Taubstummen-Anstalt zu Posen. Die Anstalt hat nach § 1 den Zweck, taubstumme Kinder aus der Provinz Posen polnischer Abkunft, beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied der Konfession, durch Unterricht und Erziehung zu nützlichen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden. Daneben verfolgt die Anstalt den Zweck, die Fähigkeit und Fertigkeit Taubstumme zu unterrichten, nach Möglichkeit zu verbreiten.

**r. Rettungsmedaille.** Dem hiesigen Handlungscommis Bruno Ambrosius ist vom Könige das Verdienstkreuz verliehen und dieses dem genannten Herrn vom Herrn Polizeidirektor Staudy am 11. d. M. ausgeteilt worden.

**Stechbriefe.** Der Literat Ignaz Danielewski, früher in Kulm, zuletzt in Thorn wohnhaft, hat seinen letzten Aufenthaltsort Thorn verlassen und sich dadurch der Vollstreckung einer wegen Preßvergehens rechtskräftig verurtheilten Gefängnisstrafe entzogen. Er wird deshalb von dem Kreisgericht in Kulm stechbrieflich verfolgt. Ebenso wird der Hilfsgeistliche Johann Fröhlich aus Frankfurt, welcher wegen widerrechtlicher Vornahme geistlicher Amtshandlungen durch Erkenntnis vom 27. Februar 1874 zu 350 Thlr. Geldstrafe im Unvermögensfalle zu 7 Monaten Gefängnis und durch Erkenntnis vom 27. April 1874 zu 400 Thlr. Geldstrafe im Unvermögensfalle zu 192 Tagen Gefängnis verurtheilt ist, von der Kreisgerichtsdeputation in Frankfurt verfolgt.

**Bromberg, 15. Juli.** [Adresse an Fürst Bismarck.] Als vorgestern Abend die Nachricht von dem Attentat auf den Fürsten Bismarck bekannt wurde, beschloß eine Anzahl hiesiger Bürger, unter denen sich auch reichsfreundliche Katholiken befanden, die Absendung einer Glückwunsch-Adresse an den Reichskanzler. Gestern Morgen bereits ist dieselbe per Draht nach Kissingen abgegangen. Von der Absendung einer offiziellen Adresse Seitens der Stadtbehörden, wie an anderen Orten, haben wir bis jetzt noch nichts gehört, schreibt die „Bromb. Ztg.“

## Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Versicherungswesen.** Muß, wenn der Versicherte wegen Nichterfüllung von Versicherungsbedingungen seiner Rechte aus der Versicherung für verlustig erklärt werden soll, dieser die Erfüllung der Bedingungen oder aber der Versicherer die Nichterfüllung nachweisen?

In den Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts (Bd. 11 S. 132) ist die Beweislast des Versicherten anerkannt. Aus den Gründen wollen wir die wichtigsten Momente hier mittheilen: Es handle sich nicht um Bedingungen im engeren Sinne, sondern um Vertragsbedingungen, um Nebenbedingungen über Leistungen, an deren Nichterfüllung die besondere Wirkung des Verlustes der Vertragsrechte geknüpft sei. Beim Mangel abweichender Bestimmungen des Allgemeinen preuß. Landrechts müßten die allgemeinen Prinzipien gelten. Anzuerkennendes Prinzip sei, daß derjenige Contrahent, welcher behauptet, daß er dasjenige, was ihm der Vertrag auferlege, auch geleistet habe, im Falle der Bestreitung dieser Behauptung beweispflichtig sei. Es

liege kein Grund vor, von diesem Prinzip deshalb eine Ausnahme zu machen, weil die Nichterfüllung eine Strafe oder einen Rechtsverlust nach sich ziehe. Die oben aufgeworfene Frage ist also dahin beantwortet, daß der Versicherte im Prozeß den Beweis zu führen hat, es seien von ihm die Vertragsbedingungen erfüllt. Es könnte sich nun hieraus die Ansicht entwickeln, als müßte bereits in der Klage dieser Beweis für alle Bedingungen angetreten sein, widrigenfalls die Klage als nicht substantiirt zurückgewiesen werden müßte. Wir glauben nicht, daß hierfür aus dem Erkenntnis des Reichsoberhandelsgerichts etwas entnommen werden darf, vielmehr wird es genügen, wenn der Versicherte Abklaus der Versicherungsbedingungen und Eintritt des zur Zahlung verpflichtenden Ereignisses nachweist. Falls dann von der Versicherungsgesellschaft eingewendet wird, daß einzelnen Bedingungen nicht genügt sei, wird es an der Zeit sein, den Beweis zu erbringen. Vermißt die verklagte Gesellschaft die Erfüllung der Bedingungen nicht, so darf der Richter nicht aus eigenem Willen eine Thatsache in den Prozeß ziehen und daraus eine Abweisung herleiten.

**\*\* Börsen-Anfrage.** Von heute (16. d. M.) ab werden die Aktien der Berliner Bank auf Grund handelsgerichtlicher Eintragung der Liquidation franco Zinsen gehandelt.

**\*\* In Folge des § 3 der Bekanntmachung vom 6. Decem- ber 1873 (R.-G.-Bl. S. 375),** betreffend die Auktorisation der Landesgoldmünzen und der landesgesetzlich den inländischen Münzen gleichgestellten ausländischen Goldmünzen, sind von den deutschen Bundesstaaten in den Monaten April und Mai an deutschen Landesgoldmünzen eingeliefert: Preussische Friedrichsd'ore bzw. kurbel- lische Pistolen zu 5 $\frac{1}{2}$  Thlr. 2,895,252 $\frac{1}{2}$  Stück; württembergische Gold- münzen zu 10 Fl. 467 St. und 3 Karolins; zu 5 Fl. 1471 Stück, zu 5 Fl. 45 Kr. 34,077 Stück (Dufaten), zu 5 Fl. 45 Kr. 4 Dufaten, zu 5 Fl. 35 Kr. 921 St. Dufaten, zu 23 Fl. 921 St., bairische Gold- münzen zu 10 Fl. 144 Stück, zu 5 Fl. 583 Stück, zu 5 Fl. 35 Kr. 979 Stück (Dufaten), zu 500 Kr. 45 Stück, hessische Goldmünzen zu 10 Fl. 2418 Stück, zu 5 Fl. 245 Stück.

**\*\* Koburger Kassenanweisungen.** Die Frist für den Um- tausch der alten Koburger Kassenanweisungen vom Jahre 1849 ist, da noch eine Anzahl dieser Scheine zirkulirt, um drei Monate, nämlich bis zum 30. September d. J., verlängert worden. Von diesem Zeit- punkte ab werden diese Scheine gänzlich werthlos und es findet keinerlei Ersatz dafür statt.

**\*\* Wiener Effektenbank in Liquidation.** Die Aktionäre er- halten als erste Abschlagszahlung auf die Zertifikate der Bank 10 Fl. per Aktie. Dieselben werden aber kaum weiter hin mehr als noch 5 Fl. erhalten, so daß an jeder Aktie 185 Fl. verloren gehen.

**\*\* Neue Bahnen.** Im ersten Halbjahr 1874 sind in Deutsch- land folgende neue Bahnlücken eröffnet: 1. Januar. Verbindungsbahn Pasing-Hallertshausen (Bairische Staats-Eisenbahn) 8 Kilometer. 1. März. Wefel-Haltern (Theil der Benlo-Hamburger Eisenbahn, Köln-Minden- Eisenb.-Gesellschaft) 4,10 Kilometer. 15. März. Oberbayer-Dahl (Vol- methalbahn) 1,80 Kilometer. (für den Güterverkehr) 1. April. Fimmentrop- Altdorfer (Fimmentrop-Kothemühle Zweigbahn) 8,00 Kilometer. 2. April. Bernshausen-Schmalzhausen (Thüringische Eisenbahn) 7 Kilometer. 1. Mai. Buchloe-Memmingen (Bair. Staats-Eisenb.) 47 Kilometer. 1. Mai. Saal- Eisenbahn (Groß-Herzogen-Saalfeld) 74 Kilometer. 1. Juni. Regens- burg-Ingolstadt (Bayer. Staats-Eisenb.) 74 Kilometer. 1. Juni. Holz- kirchen-Tölz (Bayer. Staats-Eisenb.) 21,40 Kilometer. 1. Juni. Gorb-Nagold (Württembergische Eisenbahn) 23,50 Kilometer. 1. Juni. Gorb-Brügglingen, Pforzheim (Württemberg. Eisenb.) 23,50 Kilometer, womit die Nagoldbahn (Gorb-Calm-Pforzheim) in ihrer ganzen Aus- dehnung in Betrieb tritt. 1. Juni. Herdecke-Hattingen (Bergisch- Märkische Eisenb., Ruhrthal) 26,00 Kilometer. 1. Juni. Oberlaufener Eisenbahn (Rohlfurt-Pfaffenberg) 100 Kilometer. 1. Juni. Sterkrade- Wanne (Emischthalbahn, zur Köln-Mindener geb.) 23,00 Kilometer. 1. Juni. Dahlhausen-Neberuhr (Verbindung zwischen der mittleren und unteren Ruhrthalbahn) 6,10 Kilometer. 1. Juni. Kottenburg-Ne- pen (Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn) 44 Kilometer. 1. Juni. Bremen-Harburg (Benlo-Hamburger Bahn) 102,00 Kilometer. 1. Juni. Sögelhorn (Station der Strecke Bremen-Harburg) Kirchwehe (Sta- tion der Strecke Bremen-Dsnabrid) 17,00 Kilometer. Verbindungsbahn ohne Personenverkehr. 1. Juni. Zehlendorf (Station der Linie Ber- lin-Potsdam) über Schlachtensee nach Neu-Babelsberg (Wannese- bahnen) (Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenb.-Gesellschaft) 11,00 Kilometer. Zusammen circa 663 Kilometer. In Oesterreich-Ungarn: 1. Januar. Lissa-Lusitz (Ost. Nordwestb.) 93,418 Kilometer. 14. Jan. Königsgrätz- Wistadt-Richtenau (Ost. Nordwestb.) 83,00 Kilometer. u. Richtenau-Grulich (Mähr. Grenzbahn, von der Nordwestbahn betrieben) 4,70 Kilometer. 15. Januar. Lot-Megher-Suran (Secundär-Bahn der Oesterr. Staatsbahn-Gesellschaft) 7,00 Kilometer. 1. Februar. Ragersdorf-Weinern (Bachthalbahn) (prov. für Transitverkehr). 23. Februar. Die neue Donaulinie Wien-Floridsdorf (Kaiser-Ferdinands-Nordbahn) 2,00 Kilometer. 7. März. Ruzsdorf-Kahlenberg (Bahnradbahn) 9,00 Kilometer. 1. April. Mlin-Dur (Pilsen-Briener Bahn). 1. Mai. Banrebe-Rosenau (Theilstrecke der Linie Banrebe-Dobkand der K. ung. Staatsbahnen) 45,00 Kilometer. 7. Mai. Weiding-Pottandorf 34,137 Kilometer. 6. Juni. Bielatalbahn (Türkei auf der Lusitz-Teplitzer Bahn bis Biliu auf der Pr.-G.-Dürer und der Pilsen-Briener Bahn) 26,00 Kilometer. Zur Lusitz-Teplitzer Bahn geb.) 8. Juni. Budweis-Bischitz (Kaiser- Franz-Josefs-Bahn) ca. 28 Kilometer. Zusammen ca. 330 Kilometer.

**\*\* Bahnprojekt Stettin-Hannover.** Der Magistrat von Stettin und der Kreistag des Kreises Rantow haben sich bereit erklärt, je ein Drittel der auf Stettin und Kreis Rantow repartirten Summe zu den erforderlichen Kosten des für vorbenanntes Eisenbahnprojekt wirkenden Komites beizusteuern. Die stettiner Kaufmannschaft hat jetzt in ihrer gestrigen Sitzung das letzte Drittel übernommen.

**\*\* Mährisch-schlesische Centralbahn-Prioritäten.** Die deutsche Unionbank hat i. J. im Interesse der Besitzer von Prioritäten II Emission der mährisch-schlesischen Centralbahn gegen den von dem Kurator der Bahn zu Stande gebrachten Vergleich, welcher die Rechte der Prioritätenbesitzer aufs empfindlichste schädigt, einen Protest einge- reicht, in dem sie das Schädliche und Ungerechte dieses sogenannten Vergleichs klar darlegt. Da der Vergleich nichtsdestoweniger die Ge- nehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde erhalten hat, so ist von der Unionbank bei der Refurirung eine erneuerte Warnung ein- gereicht worden, welche hoffentlich von besserem Erfolg begleitet sein wird. Die ganze Angelegenheit dürfte dazu dienen, auf's Neue den Beweis zu liefern, daß die Verhältnisse der österreichischen Eisenbah- nen vielfach sehr precärer Natur sind und das Mißtrauen, welches sich neuerdings gegen so manche österreichische Eisenbahn-Unternehmungen ausgebildet hat, erscheint solchen Vorkommnissen gegenüber nur zu gerechtfertigt.

**\*\* Konferenzen wegen des galizisch-ungarischen Verkehrs.** Bei der Direktion der ungar. Staatsbahn in Pest fanden zwischen den beteiligten Verwaltungen Beratungen wegen Herstellung direkter Tarife von den Stationen der galizischen Bahnen nach Buda-Pest via Luptow-Wisloky-Hatvan statt. Der Verkehr auf dieser Route hatte sich in Folge des beträchtlichen Imports von Getreide für Ungarn im Laufe des Winters und Frühjahr stark entwickelt, trotzdem zu jener Zeit durch die Uebersuhr in Luptow eine unangenehme und kostspielige Unterbrechung stattfand. Mit der zu Anfang Juni erfolgten Eröff- nung des Luptower Tunnels, wodurch die ganze Linie der Ersten un- garisch-galizischen Verbindungsbahn in Betrieb kam, ist nun auch das letzte Hindernis beseitigt und demnach zu hoffen, daß diese direkte und kürzeste Verbindung Ungarns mit Galizien bald vollends zur Ge- lung gelangt wird.

## Vermischtes.

© Das Komite der Tonkünstler-Versammlung in Halle an der Saale erucht ein Folgendes mitzutheilen: Die früher zu Braunschweig in Aussicht genommene, daselbst aber nicht zu Stande gekommene Tonkünstler-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Musik- Vereins wird nun in Halle a. d. S. stattfinden. Als Festtage sind

der 25. bis 27. Juli angelegt, welche ein geistliches Konzert in der Kirche, ein weltliches Orchesterkonzert, eine Kammermusikausführung und ein Orgelkonzert im Merseburger Dome in sich schließen werden. Ihre Mitwirkung am Feste haben u. A. zugesagt das Gewandhaus- Orchester, der Universitäts-Gesangverein Paulus und der Nibelische Verein aus Leipzig, und die königlichen Konzertmeister Lauterbach und Gröbmacher aus Dresden.

**\* Berlin.** Von der mehr als eigenthümlichen Sand- habung der russischen Justiz erhielt unsere Zivil-Abtheilung des Stadtgerichts vor Kurzem bei Gelegenheit der Verhandlung eines interessanten Prozesses wegen eines bedeutenden Objekts einen charak- teristischen Beweis. Eine hiesige Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft hatte mit einem russischen Oberst in R. am Schwarzen Meere die Lieferung einer größeren Anzahl Maschinen frei von einem beliebigen deutschen Hafen abgeschlossen und die Beförderung der Expedition in einem eigenen Dampfschiffe gegen eine Provision übernommen. Der Betrag der Fracht sollte bei Auslieferung der Maschinen am Orte des Bestellers erhoben werden. Das hiesige Haus übertrug nun gegen Berechnung einer Provision den Speditoren und Schiffsbrechern Ekan u. Comp. in London und Hamburg die Fortschaffung der Maschinen nach R. unter der ausdrücklichen Abmachung, daß die entstehenden Fracht- kosten vom Empfänger erhoben werden sollen. Bei Ankunft der Ma- schinen in R. weigerte sich der Oberst, die ihm sehr hoch ersichene Expeditions-Kostenrechnung von 3600 Thlr. zu bezahlen und der Ekan- sche Agent S. gab in Folge dessen die Maschinen nicht heraus, ließ sie aber aus dem Schiffe ausladen und an's Land schaffen. Der Besteller, welcher die Maschinen bis auf die Fracht beinahe vollständig bezahlt hat, erwirkte von dem Gerichtspräsidenten, seinem Oheim, einen Arrestbefehl auf sein Eigenthum, und das russische Gericht ließ die Maschinen ohne Weiteres von dem Agenten fortholen und dem Obersten verabsorgen, dem Hause Ekan u. Comp. aufgebend, die Expeditionsrechnung in R. einzulagern. Nachdem diese Angelegenheit Gegenstand eingehender diplomatischer Verhandlungen gewesen, ohne daß dieselben einen Erfolg gehabt haben, stellte die Firma Ekan u. Comp. gegen die obige Aktiengesellschaft als deren Auftraggeberin die Klage auf Zahlung des Expeditionsbetrages an und ließ es am Eingang der Klageschrift sehr bezeichnend: „Zwischen den Parteien ist weiter nichts freitig, als wer das Opfer der russischen Justiz werden soll“, Verklagte machte den Einwand, daß sie nur als Beauftragte des Bestellers gegen Provision funktionirt und das namentlich der klägerische Agent ein großes Ver- sehen begangen, wofür sie nicht verantwortlich gemacht werden könne. Der Gerichtshof wies auch die Klager mit ihrer Forderung aus dem letzten genannten Grunde ab, indem er ein größliches Verschulden des klägerischen Agenten darin fand, daß er die Maschinen aus dem Bereich des englischen Schiffes in den der russischen Gerichtsbarkeit gebracht hat. — Nun werden Ekan u. Comp. ihr Heil doch bei dem russischen Gebiete suchen müssen, wenn sie den Betrag nicht ganz ein- bringen wollen. (Trib.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

**Versailles, 15. Juli.** Die Nationalversammlung lehnte den Antrag des Finanzministers auf Erhebung verschiedener indirekter Steuern mit 416 gegen 257 Stimmen ab und beschloß das Amendement Goguin-Bolowski morgen zu beraten. Ventadon brachte den von der Dreißigerkommission beschlossenen Gesetzentwurf ein und führte aus, die Dreißigerkommission erachte die Gewalt der Mac Mahon's für unbefriedigend, dieselben bildeten die Verbindung zwischen Republik und Monarchie. Er beantragte den Verrierchen Antrag durch einen Kommissionsentwurf zu ersetzen, wodurch Mac Mahon der Titel „Prä- sident der Republik“ erhalten bleibt und die Minister wie die Kammern verantwortlich erklärt werden. Dem Präsidenten allein solle das Recht zustehen, die Deputirtenkammer aufzulösen. Im Vacanzfalle sollen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung den Nachfolger des Präsidenten ernennen. Die Berathung hierzu findet Montag statt. Magne hat der „Gavas“ zufolge noch keinen Entschluß gefaßt, er wartet die Abstimmung über den Antrag Bolowski ab.

## Angekommene Fremde vom 16. Juli.

**BUCKOW'S HOTEL DE ROME.** Die Kaufleute Bozanski aus Berlin, Feige a. Kaitowitz, Bärwald aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Frau v. Reiche und Familie a. Kozbitel, Frau Keinet aus Bejentin, Kaufleute Droz a. Cöln und Kaul a. Leipzig, Rittergutsbes. Lieutenant Runder Bronzyn, die Kaufleute van Boon a. Neuss und Pfeiler a. Bienen, Fürstl. Dom. Direktor Mosinet nebst Familie aus Reisen, Kaufmann Freund a. Berlin.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Domainenpächter Frau Bun- derfisch a. Halzig, Rittergutsbes. Bayer a. Golenzow, Lieutenant Progen a. Posen, Rechtsanwalt Holthoff und Weingroßhändler Schlieben aus Berlin, Druckereibes. Sauer a. Danzig, die Kaufleute Capelle, Fürst, Thauer u. Kahlson a. Berlin, Hochhäuser a. München, Kapler aus Magdeburg, Nathusius a. Stettin, Joseph und Becker aus Mannheim, Schweiz a. Gutzlaff, Mählinghaus a. Barmen.

**HOTEL DE BERLIN.** Gutsbesitzer Turski u. Frau a. Twardowo, Direktor Frau Lesèvre u. Rentant Bölling a. Tarnowo, Fel. Guigott a. Bentschen, Rentier Grobstein a. Breschen, Igl. Feldmeister Kwastie- wski a. Goshin, Igl. Betriebs-Sekretair Haensler a. Berlin, Agronom v. Niezylowski aus Rußland, Kaufmann Schiller a. Breslau.

**STERN'S HOTEL DE EUROPE.** Die Rittergutsbes. Graf Zol- tomski Niechanowo, v. Rutkowski aus Piotrkowice, Frau Brodmann u. Tochter a. Kalisch, die Kaufleute Stenscheid a. Danzig, Rittinger a. Stuttgart, Seis a. Bromberg.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Braun u. Leonhard a. Berlin, Jerich a. Cöln, Kluchmagen a. Straßburg, Maeler a. Ma- gdeburg, Leng a. Wien, Müller aus Böhmen, Fabrikant Senger aus Warschau, Rentier v. Pomieski a. Berlin.

**HOTEL DE PARIS.** Gutsbes. Gasirowski a. Gnesen, Kaufmann Kollat a. Kurrit, Landmann Gold a. Posen, Kaufm. Roch a. Goshin, Gutsbes. Schumann a. Berlin, Mühlenbesitzer Kautub a. Breschen, die Kaufleute Hofmann a. Schleswig u. Wolf a. Trzemeszno, Gutsbes. v. Brzozowski a. Krzyzowinit, die Kaufleute Chon aus Angerberg und Weimann a. Breschen.

**KEILERS HOTEL.** Die Kaufleute Jaroslaw a. Breslau, Levin a. Rogowo, Boas u. Sokolowski a. Breschen, Frau Rosenthal aus Rogasen, Gellhorn a. Dhlau, Lewin a. Trachenberg, Weichmann aus Barcin, Süßkind a. Pinne, Wagner a. Zutrochin.

Am 15. d. M. entschlief nach langen Leiden sanft und still, wie sie gelebt, unsere innig geliebte Frau, Mutter und Tante  
**Friedricke Wilhelmine Knappe, geb. Hoffmann,**  
im 63. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet Freitag, den 17. d. M. Abends 6 Uhr  
vom Leichenhause der evangelischen Kreuzkirchen-Gemeinde aus statt.  
Ernst Knappe als Gatte.  
Erdmann Knappe als Sohn.  
Emma Knappe als Nichte.



